



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Sch.: Aus Agrarien : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Vernichtung gekämpft hat. Auch die Goten waren von ihren Feinden als Barbaren gehaßt und geschmäht worden, und wir wissen, wie zähe sie um ihre Freiheit kämpften, und wie aus der Schlacht am Vesuv von dem ganzen großen Volke nur eine kleine Schar übrig blieb, die sich auch dem Heldentod geweiht hätte, wäre ihr nicht freier Abzug bewilligt worden.

Wir hoffen, das tapfere Burenvolf wird von einem solchen Schicksale verschont bleiben, wir hoffen sogar, daß sie die ihnen teure Unabhängigkeit bewahren. Wenn sie unterliegen sollten, würden wir mit Cato sagen: Mögen die Götter es mit dem Sieger halten, mir gefällt die Sache der Besiegten.

Aber wir würden dazu setzen: Pretoria ist nicht Karthago. Der holländische Stamm in Südafrika wird nicht untergehn.

Was England erreichen will, ist, dem Streben des südafrikanischen Volks nach Selbständigkeit durch die Vernichtung der beiden Burenstaaten einen Kiesel vorzuschieben; eine Aufgabe, würdig des großen Kämpen der Völker, die nach Freiheit dürsten. Auf einige Zeit mag es gelingen, doch nur auf einige Zeit. Der holländische Teil des südafrikanischen Volks ist zu stark, als daß es vom englischen aufgesogen werden könnte, und er wird sich nie zu der Höhe des englischen Patriotismus bequemen, die von ihm verlangt wird. Er wird den Krieg von 1899 so wenig vergessen, wie das Hängen bei Schlachters Neck, und die afrikanische Bewegung, die der kapitalistischen Ausbeutung Südafrikas durch die Spekulanten in London wie der Gängelung durch die Zingos abhold ist, wird durch den Chamberlainischen Hexensabbath eher gewinnen als verlieren.

Das Ende der Entwicklung wird doch die Entstehung der Vereinigten Staaten von Südafrika sein, und England wird das Blut seiner Soldaten vergebens verspritzt haben.



Aus Agrarien

(Schluß)



ie Theoretiker, die die Rente immer als eine Steuer, einen Zoll auf die Arbeit, eine Belastung der Wirtschaft des Volks darstellen, sind bewußt oder unbewußt Sozialisten. Sie leiten die Rente aus der Raubgier der Eigentümer ab, statt aus der Rentabilität des Betriebs, aus dem natürlichen Mehrwert der Arbeit. Die Rente entsteht nicht durch die Verteilung, sondern ist vorher da. Nehmen wir als Beispiel das Geschäft eines Schuhmachers, der einen Laden in Berlin an der Friedrichsstraße hat, und eines andern, der in einem

kleinen Nefte der Provinz wohnt. Beide mögen gleich viel und mit derselben Zahl Gesellen arbeiten. Der in Berlin hat dank der Lage seines Ladens bessere Preise, billigeres Leder, schnellern Verkauf und bare Bezahlung. Er verdient infolgedessen doppelt soviel als der andre. Nun muß er freilich den Überschuß abgeben, aber nicht deshalb, weil der Hauseigentümer es verlangt; das ist erst die juristische Inversion des wirtschaftlichen Zusammenhangs — verlangen könnte der Eigentümer ja auch das Doppelte —, sondern vor allem deshalb, weil der Überschuß da ist. Wird der nicht abgegeben, so bleibt er doch Rente. Der Handwerker ist dann der Rentner. Die Rente hat ihre Ursachen nicht in den Umständen der Verteilung, sondern in denen der Produktion.¹⁾ Sie ist im großen genommen immer Differential- und nicht Monopolverrente. Wenn verschiedene Menschen zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten eine ähnliche Arbeit vornehmen, so ist deren Ertrag immer verschieden. Kehrt diese Differenz des Ertrags einer bestimmten Arbeit gegen andre ihrer Art mit genügender Sicherheit und Regelmäßigkeit wieder, so ist, damit sie Rente werde, nur noch nötig, daß sie vererbt, verkauft, verpfändet werden kann. Es ist eine große Lücke in Margens Beweisführung, daß er sagt: Alle Werte sind Äquivalente der geleisteten Arbeit, der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit; daß er aber unterläßt zu sagen, daß in der Wirklichkeit der Wert der Einzelarbeit ungeheuer verschieden ist, und daß die gesellschaftliche Durchschnittsarbeit ein Abstraktum ist, das in Wirklichkeit nur ausnahmsweise vorkommt und erst nach dem tausendfachen Vergleichen des Warenaustauschs zu einem problematischen Dasein kommt. Wie der Ertrag aller Äcker, so ist der Ertrag aller Arbeit verschieden, und alles gleich setzen, heißt, die Rente konfiszieren, aber nicht sie verschwinden machen. Bei jeder Einzelarbeit entsteht sie immer wieder von neuem und wird in alle Ewigkeit entstehen. Wo sie sich

¹⁾ Nein, der Handwerker ist nicht der Rentner; was er in der Großstadt mehr verdient, ist nicht Rente, sondern Arbeitslohn. Nur der Ertrag des Vermögens, der nicht durch eigne Arbeit, sondern durch die Arbeit eines andern erworben wird, ist Rente. Wenn wir Rente als das Einkommen aus der Arbeit eines andern definieren, so thun wir das nicht, um die Rentner als Ausbeuter der Verachtung preiszugeben, sondern weil es nun einmal ohne reinliche Scheidung der Begriffe nicht geht in der Wissenschaft und im Leben. Zwischen dem Thaler, den sich der Landwirt im Schweiße seines Angesichts verdient hat, und dem Thaler, den der Grundbesitzer vom Pächter empfängt, ist nun einmal ein Unterschied. Wir halten es für keine Schande, Grundrentner zu sein, ja wir erklären, daß der Staat Grundrentner braucht, die in der Lage sind, unbefolbete Ehrenämter der Selbstverwaltung und der Volksvertretung zu bekleiden, aber daß Rente eben Rente und nicht Arbeitslohn ist, dürfen wir nicht leugnen. Selbstverständlich kann nichts verteilt werden, was nicht vorher produziert worden ist, aber der Verfasser wird nicht behaupten wollen, daß die Schöneberger Millionenbauern und die Berliner Grundstückspekulanten die Einkommengüter, auf die sie mit ihrer Rente Beschlag legen können, wenn sie wollen, selbst produziert haben. Daß der Landwirt in schlechten Zeiten Rente, Zins und Arbeitslohn einbüßen kann, ist eine Sache für sich.

aber vermindert, da ist zweierlei möglich, erstens, daß nur scheinbar etwas fehlt, weil sie nicht ganz an den Markt gekommen ist, weil sie anders verteilt ist, oder zweitens, daß in Wirklichkeit etwas fehlt, weil die Arbeit weniger Wert-ertrag gebracht hat.

Aber lehren wir aus der Begriffswelt in die Welt der Wirklichkeit zurück, so meine ich, ist für unser Beispiel wenigstens klar, daß hier der Rückgang der Grundrente keine Erleichterung der wirtschaftlichen Arbeit bedeutet, sondern im Gegenteil die späteste und ernsthafteste Folge eines lange darauf liegenden Druckes, worunter vor den Eigentümern schon die Besitzer, vor den Besitzern schon die Pächter, vor diesen alle, die von ihnen abhängig sind, besonders die kleinen Handwerker gelitten haben. Die niedrige Grundrente hat auch keineswegs den erfreulichen Erfolg, daß sich nun neue Käufer, bescheidnere Leute landhungrig um den frei werdenden Besitz drängten. Zum Verkauf steht alles, aber die Käufer fehlen; und mit Recht. Denn solange die Grundrente sinkt, ist sie noch immer zu hoch. Wer etwa glaubt, die kleinen Leute wären landhungrig, der kaufe hier und verteile.²⁾ Er wird sich bald vom Gegenteil überzeugen. Sie wissen zu gut, wie die Aussichten sind. Hier giebt es keinen Landhunger, sondern allgemeine Landflucht. Die freien Arbeiter haben es am besten, sie verbessern sich, wenn sie gehn, und gehn darum in Scharen. Wer sonst sich ohne großen Verlust herauswickeln kann, der geht auch. Aber den letzten beißen die Hunde.

Bedeutet dieses Sinken der Grundwerte wirklich keine Verminderung des Volksvermögens? Das Volksvermögen ist nicht eine Summe von Gütern, sondern, wie der Wortsinne sagt, ein „Vermögen,“ eine Kraft, Güter herzustellen. Es wird nur verglichen einer Kapitalsumme, weil auch deren Merkmal ist, daß sie Coupons, das ist Früchte giebt. Wenn es nun weniger Früchte giebt, wenn die Grundrente nicht nur scheinbar in der Verteilung, sondern wirklich in der Entstehung weniger geworden ist, ist dann nicht das „Vermögen“ vermindert? Hier möchte ich mir noch einige Permutationen und Variationen ökonomischer Begriffe erlauben. Man macht häufig in ökonomischen Fragen keinen Unterschied zwischen Besitz und Eigentum an Land, zwischen großen Besitzern und großen Eigentümern. Der Inhalt der agrarpolitischen Vorgänge im Anfang unsers Jahrhunderts ist die Trennung dieser beiden Dinge: Besitz und Eigentum. Bis zu einer gewissen Wertgrenze ist der Wert jedes großen Landbesitzes heute mobilisiert, teilbar gemacht und in großen und kleinen und kleinsten Teilen immer unterwegs unter Hunderten und Tausenden von Eigentümern. Der größte Teil des Grundeigentums wohnt in den Städten. Große Geldleute und kleine Bürger, große Banken und kleine Sparkassen, sogar der

²⁾ Das mag für die Wiese gelten, anderwärts sind die kleinen Leute immer noch landhungrig.

kleinste städtische Arbeiter, der ein paar hundert Mark auf der Sparkasse hat, nimmt teil am Grundeigentum. Wenn man es nun, wie zuweilen zu lesen ist, für ungesund erklärt, daß die mittelgroßen Besitzer, die Rittergutsbesitzer, gewöhnlich nur die Hälfte oder ein Drittel ihres Besitzes ihr eigen nennen und für das übrige verschuldet sind, wenn man als Ideal hinstellt, daß die Käufer doch mindestens annähernd auch Eigentümer ihres Besitzes sein sollten, so heißt das, alle Reformen im Anfang unsers Jahrhunderts des Irrtums zeihen, es heißt verlangen, daß nicht die arbeitfamsten, sondern daß nur reiche Leute Grundbesitzer und Grundeigentümer werden sollen. Alle Experimente der Bindung des Besitzes, Vorrecht des Ältesten, Zwangsamortisation, Verschuldungsgrenze und dergleichen haben diesen bewußten oder unbewußten Gedanken in sich: Grundbesitz und Grundeigentum sollen bei einander bleiben, vulgär gesprochen: nur die, die es können, sollen Grundbesitzer sein. Wenn das möglich wäre, so wäre allerdings die landwirtschaftliche Not mit einemmale verschwunden. Denn die Reichen braucht man nicht zu bedauern, wenn sie Verluste haben. Das ist auch häufig das psychologische Motiv dieser Vorschläge bei den Ratgebern.

Je mehr man aber die Landwirtschaft darauf anweist, sich aus eigener Kraft auf dem Weltmarkt zu halten, ihre Existenzberechtigung auf kaufmännische, kapitalistische Art als Warenproduzentin, als Tauschwertproduzentin zu beweisen, um so weniger wird man den natürlichen Fortgang aufhalten können, der nach der andern Seite geht. Besitz und Eigentum werden sich mehr und mehr trennen, Gebrauch und Genuß des ersten und des letzten aller Produktionsmittel, des Bodens werden sich trennen, wie es bei andern Produktionsmitteln geschehn ist.

So werden die Masken vertauscht auf der Bühne des Lebens, des nie endenden Gaukelspiels. Der Bodenbesitzer, der bisher in der sozialistischen Sprache Anwender, Ausbeuter der Arbeit, Kapitalist hieß, verliert unter sich den Boden, das Produktionsmittel, das bisher sein Eigentum war, und indem er weiter wirtschaftet, wird er Arbeiter, Angewandter, Funktionär. Jahrzehntelang drücken die ungeheuern Verlustchancen des Betriebs auf ihn, solange er selbstwirtschaftender Besitzer und teilhabender Eigentümer ist. Er ist der Puffer zwischen den Wechselfällen des Weltmarkts und den andern Parteien, die am Betriebe interessiert sind, den Eigentümern, vulgo Realgläubigern und den Arbeitern. Aber das ist zuweilen zuviel für die Kräfte eines immerhin kleinen Kapitalisten. Ist so einer erst am Ende seiner Kräfte angelangt, so ist er thatsächlich, auch im sozialistischen Sinne nicht mehr der Ausbeuter der Arbeit, sondern selbst Ausgebeuteter und Arbeiter. Er wird sein eigener Inspektor und arbeitet mehr als ein solcher. Aber was er erarbeitet, kann er nicht für die Erziehung seiner Kinder und die Ausbesserung seines Haushalts anwenden, sondern er muß es ausgeben für die Bedürfnisse seines Guts, das

nun sein Herr geworden ist. Sein Besitz, der jetzt das Eigentum Fremder geworden ist, ist sein Feind.

Theoretiker sagen: Wer selbst mitarbeitet, ist für das, was seine Arbeit wert ist, nicht Rentenempfänger, sondern er hat Anspruch auf Arbeitslohn. Wenn die Rentabilität des Landbaus sinkt, so werden die Leute, die selbst mitarbeiten, doch immer den Lohn ihrer Arbeit haben. In der Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt. Der Arbeitslohn, den sich der Besitzer zahlen darf, verschwindet am allerersten. Er ist darum kein Arbeitslohn, weil er mit der Rente nach denselben Gesetzen vergeht und sogar vor ihr vergeht. Der Besitzer darf sich allerdings die Zinsen seines Betriebskapitals zweimal ansehen, erstens als Zinsen und zweitens als Arbeitslohn. Langt auch das nicht mehr, so kommt sein Rentenanteil daran. Solange hiervon noch etwas übrig ist, vertritt dieser Anteil alle drei: Rente, Zins und Arbeitslohn. Rentner ist dieser Besitzer nicht mehr, denn er hat kein arbeitsloses Einkommen, sondern er ist Arbeiter, der sich von dem, was ihm unter dem Namen Rente eingeht, bezahlt macht. Aber er ist auch kein eigentlicher Arbeiter. Denn er erhält keinen eigentlichen Arbeitslohn, der ihm vor allem Rentenertrag des Guts werden müßte, sondern er hat nur die Anweisung auf das, was in diesem Jahre noch übrig bleibt, im nächsten vielleicht schon nicht mehr. In dieser Lage sind manche Bauern und Gutsbesitzer zumal auch in der Wiesehe. Wenn sich der politische Ökonom vor ihnen auf den Richterstuhl setzt, behandelt er sie als Grundrentner, Inhaber eines arbeitslosen Einkommens, vorbestraft wegen aller kapitalistischen Verjündigungen, während sie doch in Wirklichkeit nur Arbeiter sind, oder vielmehr nicht einmal das; denn sie sind ihres Lohns nicht sicher.

Wenn wir den Ruffenimport nicht hätten, so hätten wir jetzt eine goldne Zeit für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Das Verhältnis von Unterhaltskosten und Löhnen würde für diese Arbeiter sehr günstig sein. Diese Arbeiter würden Geldüberschüsse haben. Ihnen könnte die Notlage der europäischen Landwirtschaft zunächst, solange die Industrie viel Arbeiter braucht, nicht schaden. Weil sie Geldlohn erhalten und diesen unbedingt vor allen Betriebsausgaben erhalten, sind sie Gegner, Ausbeuter des Betriebs geworden, genau so wie es die Geldgläubiger sind. Sie leiden nicht mehr mit ihm. Ja sie können auf dem Umwege über eine Sparkasse oder Arbeiterpartei-Kasse Grundeigentümer, Eigentümer des Produktionsmittels werden, während die Besitzer aufhören, es zu sein, und damit enden, die Angestellten in ihren Betrieben zu werden, oder wenn sie noch Besitzer vorstellen, doch nicht mehr sind als Pächter, Leute, die versprochen haben, so und so viel an Arbeitslöhnen und Renten herauszuwirtschaften. In der Wiesehe ist es mehrere male vorgekommen, daß bankrotte Besitzer von ihrem Hauptgläubiger, einer großen Bank oder einem großen Kaufmann, auf ihrem früher eignen Gute als Administratoren angestellt worden sind und da heute noch wirtschaften. Diese Zustände sind durchaus nicht etwa nur Einbildung,

sondern sie sind für die Zukunft Möglichkeit und für die Gegenwart hier und da Wirklichkeit. Sie sind aber durchaus nicht etwa für die Zukunft Notwendigkeit, sondern sie werden wie Traumgespenster verschwinden, wenn der Verdienst für den Landbau wieder steigt.

England hat etwa in der Zeit, wo es demokratisch wurde, die Kornzölle abgeschafft, denn es hat zumeist Großgrundeigentümer und hat für diese kein Wohlwollen mehr übrig. In Frankreich, wo der kleinbäuerliche Besitz überwiegt, treibt man eine Agrarpolitik, die unsre Agrarier neidisch macht. Das geschieht nicht, obwohl, sondern weil die Republik demokratisch ist. Bei uns giebt es Gegenden mit mehr Großbesitz und andre mit mehr Kleinbesitz. Diese Mannigfaltigkeit der agrarischen Verhältnisse erschwert es unsern Gebildeten, die bei uns noch zum großen Teil die öffentliche Meinung machen, instinktiv Partei zu nehmen. Sie wissen nicht, wohin sie sich stellen sollen. Am meisten fürchten sie sich vor dem Unrecht unnötiger Lebensmittelverteuerung. Aber es ist nötig, daß sie sich auch das Unrecht vorhalten, wodurch jahrzehntelang die Landwirtschaft geschädigt worden ist.

Die höchsten Getreidepreise giebt es an der Stelle Mitteleuropas, die am weitesten vom Meere entfernt liegt, in Südwestdeutschland, in der Schweiz und in dem angrenzenden Teile Frankreichs. Der Hasenplatz und Getreidemarkt dieser Gegend ist Mannheim. Wunderbarerweise nimmt das deutsche Getreide an diesem Markte kaum teil. Eine Tonne Getreide von Chicago nach Mannheim zu schaffen, kostet etwa vierzig Mark. Kaum weniger würde es kosten, eine Tonne auf der Eisenbahn von Breslau nach Mannheim zu schaffen. Warum? Weil unglücklicherweise zwischen Breslau und Mannheim nicht der weite Ozean liegt, sondern achthundert Kilometer Eisenbahn, und nicht amerikanische Eisenbahnen, die zwischen Chicago und Newyork das Getreide sehr billig fahren, und nicht der Rhein, eine Straße, die viele Millionen gekostet hat und doch umsonst gegeben wird, sondern preußische Staatseisenbahnen, von denen man 6 Prozent Verzinsung verlangt. Alles einheimische Getreide kann fast nirgends die Wasserstraßen benutzen, sondern ist auf die Eisenbahnen angewiesen und muß diese mit 6 Prozent verzinsen. Alles ausländische Getreide kommt fast nur auf dem Rhein und auf der Elbe ins Land und hat auf diesen Strömen nichts für die Unterhaltungskosten beizutragen. Dem russischen Getreide hat man Tarifiermäßigungen auf den deutschen Ostbahnen gewährt, sodaß es in den Ostseehäfen konkurrieren kann. Es ist auch schon für schlesischen Granit Tarifiermäßigung erbeten worden, damit er mit dem schwedischen in Berlin konkurrieren kann. Neuerdings bei der Kanalvorlage hat man auch der schlesischen Kohle Tarifierleichterungen versprochen, damit sie sich in Berlin gegen die westfälische halten kann. Dagegen hat die Verkehrspolitik für die wichtigste Ware der inländischen Produktion und für ihre Konkurrenzverhältnisse kein wachsameres Auge gehabt. Die Abgabefreiheit der großen Ströme

bedeutet eine Importprämie für ausländisches Getreide. Der natürliche Getreidepreis für uns wäre der Weltmarktpreis, erhöht um die Transportkosten von der Küste in das Binnenland. Dieser Preis wird gefälscht durch den Wegfall der Transportkosten auf dem Rhein und auf der Elbe; denn diese Kosten werden nicht von der Ware, sondern aus den Taschen der Steuerzahler genommen. Die Frage ist noch offen, ob durch die Kornzölle, die wie eine Liebesgabe an die Landwirte aussehen, die natürliche Preishöhe wieder hergestellt werden wird.

Die im Interesse des Verkehrs ausgeführten Wasserbauten haben Preußen in den Jahren 1880 bis 1890 jährlich im Durchschnitt 36 Millionen über die Einnahmen gekostet.*) Die preussischen Eisenbahnen haben 1882 bis 1896 1290 Millionen Mark, das ist jährlich etwa 100 Millionen Mark über ihre Verzinsung eingebracht. Das ausländische Getreide, eingerechnet Malz und Hülsenfrüchte, zahlt an das Reich jährlich etwa 100 Millionen Mark Zoll. Das inländische Getreide hilft dafür die Verzinsung und den Reingewinn der deutschen Bahnen einbringen.

Das Ideal wäre, daß es gelänge, das deutsche Getreide gegen den Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen, nicht dadurch, daß man das ausländische durch Zölle über seinen natürlichen Preis verteuerte, sondern dadurch, daß man das einheimische Getreide billiger machte. Die Höhe der Grundrente und die ganze Möglichkeit des Anbaus wird bestimmt durch den Preis, den das Getreide auf dem Gute gilt. Dort muß es möglichst viel kosten. Die Konkurrenzfähigkeit des Getreides wird bestimmt durch den Preis, den es auf dem Hauptmarkte hat. Dort muß es möglichst billig sein. Was zwischen beiden Werten liegt, sind die Transportkosten. Wenn man diese herabsetzt, so kann beides geschehen. Der Marktpreis sinkt, und der Preis auf dem Gute steigt.

Die Landwirte sagen öfters: die niedrigen Preise wären noch nicht das Schlimmste, aber wir werden unser Getreide gar nicht mehr los. Man will es in den Großstädten nicht mehr. Wenn das deutsche Getreide auf den Eisenbahnen gegen eine einmalige Verladungsgebühr beliebig weit gefahren würde, dagegen das Getreide, das auf dem Wasserwege hereinkommt, einen mit der Wegstrecke wachsenden, gegen jetzt wesentlich erhöhten Tarif zu zahlen hätte, so brauchte der Getreidepreis auf den Hauptmärkten weder zu steigen, noch zu fallen, und doch wäre der deutschen Landwirtschaft geholfen. Denn auf den Gütern würde der Wert des Getreides gestiegen sein, die Nachfrage nach einheimischem Getreide wäre erweitert, und der Anbau könnte ausgedehnt werden. Auf den Märkten würde an die Stelle des ausländischen einheimisches Getreide

*) Die Zahlen sowohl wie die tatsächlichen Angaben und der Gedankengang stammen zum größten Teil aus der interessanten Abhandlung von Ulrich: Staatsbahnen, Staatswasserstraßen und die deutsche Wirtschaftspolitik. Leipzig, 1898.

zum gleichen Preise treten. Heute liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt. Das einheimische Getreide zahlt einen mit der Entfernung wachsenden Tarif, und das ausländische zahlt keine Transportgebühren, sondern beim Eintritt in das Reichsgebiet einen einmaligen Zoll. Dieser Zoll erscheint wie eine Belastung des Volks, weil er das ausländische Getreide verteuert. Aber mindestens zum Teil ist er nur ein Ersatz der Transportkosten, die eigentlich den Preis der Ware erhöhen sollten. Statt daß man diesen Zoll erhöhte, wie bei Gelegenheit der neuen Handelsverträge doch in Aussicht steht, könnte man der ausländischen Ware zum mindesten die Kosten auferlegen, die ihr Transport dem preußischen Staate, der die großen Ströme unterhält, wirklich macht. Was die preußischen Finanzen an dieser Stelle, wo sie bisher nur Auslagen gehabt haben, gewinnen, könnten sie an den Bahntarifen nachlassen. Es würde dadurch der Fehler ausgeglichen, daß die deutsche Ware hohe Verkehrskosten aufbringt, die ausländische aber nicht. Hierin liegt ein Fehler, wenn anders es die Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist, die heimischen Produktivkräfte zu stärken und zu bewahren.

„Wir stehn im Zeichen des Verkehrs.“ Aber wenn man den Verkehr erleichtern will, so denke man zunächst an die Wege, die die inländische Ware macht. Der Verkehr hat zwei große Instrumente, die Bahnen und die Wasserwege. Es muß einerlei Grundsätze für beide geben. Es geht nicht an, den Wasserwegen nur immer zu geben, um des Glaubensfuges von der Freiheit des Verkehrs willen, und den Bahnen nur immer zu nehmen aus dem Grunde, weil man doch schließlich mit der einen Hand Geld nehmen muß, wenn man es mit der andern immer ausgeben will. Das sind nur scheinbare Verkehrserleichterungen, die der einen Hälfte des Verkehrs genommen werden müssen, damit sie der andern gegeben werden können. Aber so macht es der preußische Staat: den Bahnen nimmt er, und den Strömen giebt er. Der Verkehr ist ein einiger und unteilbarer. Er soll nach Möglichkeit erleichtert werden, aber nicht scheinbar, indem man von der einen Seite Geld nimmt, um es auf die andre zu werfen; sondern jedes der beiden großen Verkehrsmittel, Schifffahrt und Bahnfahrt, soll seine Kosten selbst aufbringen.

Warum ist die Kanalvorlage abgelehnt worden? Hier handelte es sich um einen Wasserweg, der seine Kosten bringen sollte. Wenigstens zuerst hatte die Vorlage diesen Vorzug. Aber die obereschlesische Industrie protestierte. Es wurde das Versprechen in die Vorlage aufgenommen, daß entweder die Oder ausgebaut oder entsprechende Erleichterung der Bahntarife gegeben werden sollte. Damit verlor die Vorlage ihren Vorzug. Daß sie der Landwirtschaft im ganzen nicht viel schaden konnte, muß zugegeben werden. Als eine Verbindung zwischen dem Rhein, wo das ausländische Getreide schwimmt, und der Elbe, wo es ebenfalls schwimmt, kann sie als neues Einfallthor nur gelten für die Gegend, die dazwischen liegt. Wenn sie aber von der Landtagsmajorität ab-

gelehnt wurde, so geschah es gewiß nicht nur der oberschlesischen Industrie zuliebe, auch nicht nur zur Behütung der durch das erweiterte Projekt gefährdeten preußischen Finanzen, sondern in der Hauptsache aus agrarischen Grundsätzen. Seit einigen Jahren ist unter den Landwirten die Ansicht verbreitet, daß in der Verkehrspolitik ihr Unglück und ihre Rettung verborgen liege. Es ist das ein erfreulicher Fortschritt gegen die radikalen Zeiten des Staatsmonopols und der Börsenkürmerei. Denn hier scheint allerdings ein gangbarer Weg. Die Wasserstraßen sind der Feind. Diese Parole ist seit einigen Jahren ausgegeben. Die öffentlichen Meinungen folgen einem Gesetz der Trägheit, das ihnen nicht erlaubt, schnelle Schwenkungen zu machen. Man will nichts davon hören, daß dieser Kanal die Lage nicht verschlimmert. Was man will, ist Revision der Verkehrspolitik im Ganzen. Durchgehn wird die Kanalvorlage nur, wenn sie erweitert wird zu einem Plan unsrer zukünftigen Verkehrspolitik, und wenn hierbei das alte Unrecht der Begünstigung der Auslande gründlich wieder gut gemacht wird.

Ehemals wurden in der deutschen Politik nur heroische Kämpfe geführt. Das deutsche Volk ist jahrhundertlang bald Objekt, bald Subjekt der blutigen europäischen Politik gewesen. Um Sein und Nichtsein unsers Volks wurde da immer wie mit Götterhänden gewürfelt. Das ist, nachdem wir einig sind, vorbei, und nach dem ewig langen Lärm umgiebt uns tiefe Stille, eine Art Feiertagsruhe. Allmählich aber haben sich bei uns die Kämpfe der materiellen Interessen laut gemacht. Das will vielen von unsern Gebildeten wie ein Frevel an der heiligen Ruhe erscheinen. Die häßlichen Klassenkämpfe stören sie in ihrem Glauben an den Frieden des deutschen Volks. Sie beklagen das, aber mit Unrecht.

Nachdem ein großes Volk Macht und Sicherheit vor äußern Feinden erlangt, nachdem es die Verfassungsform gefunden hat, worin zur Zeit die Interessen des Volks wahrgenommen werden können, hat es keine wichtigere Aufgabe als die, endlich einmal hinter die Geheimnisse des wunderbaren Schachspiels zu kommen, das mit uns Menschen und mit ganzen Menschengruppen, Ständen und Völkern, wie von allmächtigen, unsichtbaren Händen gespielt wird. Bisher hat der Produktionsprozeß uns gemeistert. Die kleinen Zahlen, die Warenpreise des Weltmarkts, scheinen uns zu beherrschen, wie die Barometerzahlen das Wetter zu machen scheinen. Aber die Menschen haben schon manche Naturgewalt in ihren Dienst gezwungen. Warum sollten wir nicht dazu kommen, den Produktionsprozeß zu meistern? In der Vergangenheit sind Reiche gestürzt, Kriege und Revolutionen gemacht worden aus wirtschaftlichen Ursachen. Nun, die glückliche Zukunft des Deutschen Reichs braucht keineswegs in dem natürlichen Kausalfortgang der wirtschaftlichen Verhältnisse zu liegen. Sollen die blinden Kräfte walten, oder wollen wir Menschen mit-handeln?

Kapitalisten und Arbeiter haben zum Teil entgegengesetzte Interessen. Industrie und Landwirtschaft auch. Sie sind wie zwei Schiffe, die nur mit Mühe nebeneinander auf dem engen Ströme treiben können. Zwischen diesen Parteien entscheiden, darin liegt die Gefahr. Aber diese Klassegegensätze sind einmal da. Man respektiere sie als Wirklichkeiten. Sie gehören auf die politische Bühne. Es ist besser, sie dort ausgeführt zu sehen, statt wesensloser Schattenspiele auf der parlamentarischen Wand. Freilich sollen sie sich nicht bis zur Abfuhr bekämpfen, sondern sie sollen nur einen Prozeß gegen einander führen vor dem Richterstuhl der höhern staatlichen Interessen. Richter ist in letzter Instanz der Träger der Hohenzollernkrone. Er wird die Seite wählen, die für die Zukunft unsers Volkes sicht. Es giebt ein hochpolitisches Motiv, sich zur Zeit für die Landwirtschaft zu entscheiden. Wenn sich der Verdienst des Landbaus wieder bessert, wird die Landflucht zum Stehn kommen. Dann ist die Polengefahr abgewandt, und dann erst haben wir die Hände ganz frei für die Weltpolitik auf dem Meere.

Sch.



Der Römerstaat

3. Vom Stadtstaat zum Weltreich

(Schluß)



u dem ersten Verfassungsfehler, daß der gesamte dritte Stand, die Masse der freien Bevölkerung, vom politischen Leben ausgeschlossen blieb, kam der zweite, daß es keine Erbdynastie gab. Freilich war dieser Fehler mehr durch die geschichtliche Entwicklung als durch die ungeschriebne cäsarische Verfassung verschuldet. Augustus hat ja darauf hingearbeitet, eine Dynastie zu begründen. Der Plan scheiterte an seinen elenden Familienverhältnissen, aber auch wenn er geglückt wäre, hätte es nicht viel genützt, denn was das Reich brauchte, war eine schon befestigte und eingelebte Erbdynastie, und die ließ sich doch nicht plötzlich herbeizaubern. In einer befestigten Erbdynastie helfen die Traditionen des Hauses, die Anhänglichkeit des Volkes und der Stamm treuer, tüchtiger und verständnisvoller Diener, den sich frühere gute Regenten herangebildet haben, über die Verlegenheiten und Schwierigkeiten hinweg, die ein schlechter oder unfähiger Sprößling des Hauses oder eine Reihenfolge von solchen erzeugt, und daran fehlte es nun, als dieses Unglück schon kurze Zeit nach des Augustus Tode eintrat. Verwundrung konnte der ausbrechende